Presseschau vom 16.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Rainer Rupp: **Nur ein "schmutziges Abkommen" mit Moskau könnte die Ukraine retten – Teil 1**
Nur eine schmutzige Verhandlungslösung mit den Russen, in der sich die scheinheiligen "Tugendbolde" der westlichen Regierungen demaskieren müssten, könnte die Ukraine vor noch größeren Tragödien bewahren. Aber die westlichen Polit-Eliten haben andere Prioritäten. …
https://kurz.rt.com/32qu bzw. hier

Rafael Fachrutdinow: **NATO-Artillerie für Russland: Erbeutet oder von ukrainischen Soldaten verhökert?**
Wie die bulgarische Zeitschrift Bulgarian Military berichtet, ist es den russischen Truppen in der Ukraine gelungen , französische CAESAR-Haubitzen als Trophäen zu erbeuten. Bereits in der Vergangenheit haben Soldaten der ukrainischen Streitkräfte regelmäßig Waffen an "Separatisten" verkauft. …
https://kurz.rt.com/32pq bzw. hier

Tom Luongo: **Große Niederlage für Davos: Italiens Mario Draghi verlässt die Bühne**
Italiens Ministerpräsident Mario Draghi ist weg vom Fenster. Er reichte bei Präsident Sergio Mattarella seinen Rücktritt ein. Mattarella weigerte sich vorerst, diesen anzunehmen, und es wird ein weiteres Vertrauensvotum geben. Das sollte aber keine Rolle spielen. …
https://kurz.rt.com/32sm bzw. hier

de.rt.com: **Ehemaliger NATO-Kommandeur ermutigt zum Angriff auf die Krim-Brücke**
Die Zerstörung der Krim-Brücke wäre ein "großer Schlag" gegen Russland, sagte General Philip Breedlove, der frühere Oberbefehlshaber der NATO in Europa, in einem Interview. Für die ukrainischen Streitkräfte sei die Brücke ein legitimes Ziel. …
https://kurz.rt.com/32o6 bzw. hier

Scott Ritter: **Hitlers Invasion und Pearl Harbor – Über die nationale Identität Russlands und der USA**
Russland und die USA begehen die Gedenktage zu Hitlers Invasion und Pearl Harbor sehr unterschiedlich. Das sagt uns viel über die jeweilige nationale Identität aus. Über Generationen hinweg wird die Geschichte durch Wahrnehmung verzerrt. Aber die Erinnerung an sie am Leben zu erhalten, ist wichtig für jede nationale Identität. …
https://kurz.rt.com/32gm bzw. hier

Maria Müller: **Warum kam es in Ecuador zu einem Aufstand der Indigenen? – Eine Analyse**
In Ecuador führten Verteuerungen von Lebensmitteln und Treibstoff zu Demonstrationen, Blockaden und einem landesweiten Streik. Die sozialen Kämpfe werden überwiegend vom indigenen Teil der Bevölkerung angeführt. Auch vom IWF geforderte Privatisierungen provozieren Proteste. …
https://kurz.rt.com/32op bzw. hier

Dagmar Henn: **LGBTQ...XYZ – Warum Wokeness Gift für den Sex ist**

"Wähle einen Buchstaben aus LBQTXYZ" ... Das ist die aktuelle Form, die die Erkundung der Sexualität im Westen gerade annimmt. Was als angebliche Anerkennung von Minderheiten verkauft wird, beraubt aber die Sexualität jeder befreienden Eigenschaft. … https://kurz.rt.com/32i0 bzw. hier

abends/nachts:

19:30 de.rt.com: **Kursker Dorf Dronowka unter Mörserbeschuss durch ukrainische Streitkräfte**
Ukrainische Truppen haben im Gebiet Kursk das Dorf Dronowkamit Mörsern beschossen. Dies berichtete Gouverneur Roman Starowoit berichtet. Auf seinem Telegramkanal schrieb er:
"Heute ist das Grenzdorf Dronowkaim Bezirk Gluschkowski erneut unter Mörserbeschuss aus der Ukraine geraten. Vorläufig wurden mehr als 25 Geschosse gezählt. Glücklicherweise gab es keine Verletzten! Der Feind verursachte jedoch Schäden an Wohngebäuden: Unter anderem gingen Fenster zu Bruch und einige Dächer wurden beschädigt."
Nach Angaben des Gouverneurs wurden die Gebäude einer Schule, eines medizinischen Zentrums, eines Kulturzentrums, einer Dorfverwaltung und eines Ladens beschädigt. Außerdem gibt es im Dorf keinen Strom, weil eine Stromleitung ausgefallen ist. Die Stromversorgung soll in Kürze wiederhergestellt werden. Starowoit betonte:
"Wir werden die Schäden an den Privathaushalten begutachten und den Dorfbewohnern auf jeden Fall helfen."

20:00 de.rt.com: **Iran versichert Ukraine: Keine Drohnen-Lieferungen an Russland**
Irans Außenminister Hossein Amir-Abdollahian hat der Ukraine versichert, keine Drohnen nach Russland zu liefern. Am Freitag sagte Amir-Abdollahian seinem Amtskollegen Dmitri Kuleba:
"Die US-amerikanischen Behauptungen diesbezüglich waren grundlos und mehr ein Propagandaakt vor der Israel-Reise von US-Präsident Joe Biden."
Sein Land habe sich stets für eine diplomatische Lösung der Ukraine-Krise eingesetzt, so der iranische Chefdiplomat laut Nachrichtenagentur IRNA.
Jake Sullivan, der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Biden, hatte am Montag gesagt, dass es Hinweise gebe, wonach Iran Russland in der Militäroperation in der Ukraine unterstützen wolle. In diesem Zusammenhang bereite sich Iran laut Sullivan darauf vor, Drohnen, die auch Waffen transportieren können, bereitzustellen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d197bfb480cc1c7f7fc810.jpg

20:20 de.rt.com: **Roskosmos und NASA unterzeichnen Abkommen über gemeinsame Flüge zur ISS**
Große Erleichterung in Ost und West: Die Flüge zur Internationalen Raumstation und die Präsenz von US- und russischen Raumfahrern dort scheinen gesichert zu sein. Die

Weltraumbehörden beider Länder haben sich auf eine Schema für gemeinsame Flüge ins Weltall geeinigt.
Russland und die USA haben sich auf sogenannte Kreuzflüge zur Internationalen Raumstation ISS geeinigt. Eine entsprechende Vereinbarung über die Mitnahme russischer und US-amerikanischer Raumfahrer in Raketen des jeweils anderen Landes sei bereits am Donnerstag unterzeichnet worden, teilte Russlands Raumfahrtbehörde Roskosmos am Freitag auf Telegram mit.
"Die Vereinbarung entspricht den Interessen Russlands und der USA", heißt es von der Behörde in Moskau. So könne gewährleistet werden, dass im Falle von verspäteten oder ausfallenden Raketenstarts trotzdem immer mindestens ein Roskosmos- und ein NASA-Mitglied auf der ISS sei. Auch die NASA bestätigte in einer Mitteilung die Vereinbarung.
Roskosmos kommentierte die Vereinbarung weiter:
"Das Abkommen ... wird die Zusammenarbeit im Rahmen des ISS-Programms und die wirksame Umsetzung von Projekten zur Erforschung und Entwicklung des Weltraums zu friedlichen Zwecken fördern!"
Die ersten Raumfahrer, die im Rahmen von "Kreuzflügen" im September aus dem jeweils anderen Land ins All starten sollen, sind der Astronaut Francisco Rubion und die Kosmonautin Anna Kikina.
US-Raumfahrer waren bereits bis 2020 mit russischen Sojus-Raketen vom Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan ins All geflogen. Danach hoben bemannte ISS-Flüge auch wieder von US-Territorium ab. Die NASA setzt dabei auf den Raumtransporter "Crew Dragon" des privaten Unternehmens SpaceX. Russlands Kosmonauten hingegen waren zuletzt nur mit eigenen Raketen zum Außenposten der Menschheit in rund 400 Kilometern Höhe aufgebrochen.
Angesichts des Krieges in der Ukraine war zuletzt im Westen oft gerätselt worden, wie die russisch-US-amerikanische Weltraum-Zusammenarbeit weitergehen werde. Auf westlicher Seite hatte man sich des Öfteren insbesondere an Äußerungen des bisherigen Roskosmos-Chefs Dmitri Rogosin gerieben, der die Interessen seines Landes deutlich zu artikulieren pflegte.
Am Freitag wurde der 58-Jährige durch den bisherigen Vizeregierungschef Juri Borissow ersetzt. Noch ist nicht bekannt, wie es für Rogosin beruflich weitergehen wird. Medienberichten zufolge könnte er entweder einen führenden Posten in der Präsidialverwaltung übernehmen oder eine Aufgabe in einer der beiden von Moskau anerkannten Volksrepubliken im Donbass übertragen bekommen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1a74748fbef23ac2b58b8.jpg
Der bisherige Chef von Roskosmos Dmitri Rogosin vor einem Sojus-MS-20-Raumschiff auf dem Kosmodrom Baikonur (8. Dezember 2021)

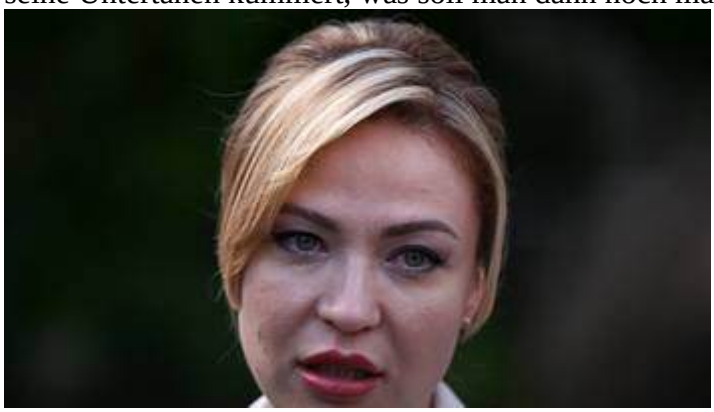
20:38 de.rt.com: **Nach Deutschlands Absage: Polen kauft gebrauchte US-Panzer**
Nachdem Warschau mit dem Versuch scheiterte, Leopard-2-Panzer in Deutschland zu

erwerben, will die polnische Regierung nun US-amerikanische Panzer kaufen. Eine entsprechende Vereinbarung soll laut dem Verteidigungsminister des Landes bereits getroffen worden sein.
Polen wird 116 gebrauchte M1-Abrams-Kampfpanzer aus den USA kaufen, um die an die Ukraine gelieferten gepanzerten Militärfahrzeuge zu ersetzen. Warschau habe eine entsprechende Vereinbarung mit dem Weißen Haus getroffen, gab der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak am Freitag gegenüber der polnischen Nachrichtenagentur IAR bekannt.
Die Agentur berichtete, dass die ersten in den USA hergestellten Panzer Anfang nächsten Jahres geliefert werden und mehr als 240 T-72-Panzer aus der Sowjetära ersetzen sollen, die Polen im April an die Ukraine übergeben hatte.
Polen hatte ursprünglich gehofft, seine Bestände mit deutschen Leopard-2-Panzern auffüllen zu können. Doch das geplante Geschäft kam nicht zustande, woraufhin der polnische Präsident Andrzej Duda im Mai Berlin Wortbruch vorwarf.
Steffen Hebestreit, der Sprecher der deutschen Regierung, sagte damals, Berlin sei "perplex" über die Vorwürfe. Er erklärte Reportern, dass Polen die neuesten Leopard 2A7-Panzer angefordert habe, die deutsche Armee selbst aber nur über eine relativ geringe Anzahl solcher Fahrzeuge verfüge.
Im April unterzeichneten Polen und die USA ein separates Abkommen über den Kauf von 250 neuen Abrams-Panzern durch Warschau.
Viele westliche Länder, darunter auch EU-Staaten, belieferten die Ukraine mit schweren Waffen, nachdem Russland Ende Februar eine Militäroperation gegen den Nachbarstaat gestartet hatte.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d19e6ab480cc17df2fd47f.jpg
US-amerikanische Abrams-Panzer bei der feierlichen Unterzeichnung des Vertrags über den Kauf von 250 Abrams-Panzern für die polnische Armee in der 1. Warschauer Panzerbrigade in Wesola bei Warschau, Polen.

21:00 de.rt.com: **DVR-Außenministerium: Britischer Söldner, der in Gefangenschaft starb, war kein Kombattant, sondern Werber und Ausbilder**
Der in der Gefangenschaft der Donezker Volksrepublik (DVR) verstorbene Brite Paul Urey (RT DE berichtete) habe nicht den Status eines Kombattanten gehabt und sei daher nach Auffassung der Außenministerin der Republik, Natalia Nikonorowa, zu verurteilen. Dies erklärte die Ministerin im Fernsehsender Rossija 24, wie die die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet. Nikonorowa sagte, die DVR sei überrascht, dass London den "humanitären Charakter" der Aktivitäten von Urey im Donbass behaupte.
"Was soll man sagen, wenn der Begriff 'humanitär' im Zusammenhang mit solchen Aktivitäten verwendet wird? Offensichtlich müssen wir grundsätzlich unsere Vorstellung davon ändern, was die offiziellen britischen Behörden eigentlich für humanitär halten. Und ob es sich bei humanitären Aktivitäten um Söldneraktivitäten handelt, bei denen Menschen rekrutiert und

ausgebildet werden, die andere Menschen töten sollen", so Nikonorowa.
Sie wies darauf hin, dass es unwahrscheinlich sei, dass die offiziellen britischen Behörden Urey in die Ukraine geschickt hätten.
"Es handelt sich um einen Söldner, das heißt um eine Person, die nach der Genfer Konvention, insbesondere dem Zusatzprotokoll, nicht den Status eines Kombattanten hat, also auch kein Kriegsgefangener sein kann, das heißt diesen Status nicht haben kann",
so die Ministerin weiter. Daher, so betonte Nikonorowa, sei er gemäß der Gesetzgebung der Donezker Volksrepublik zu verurteilen. Die Außenministerin erläuterte weiter, dass der Brite nicht nur Söldner war: Er war an Rekrutierungen beteiligt und hat auch andere Kämpfer ausgebildet.
Außerdem nahm sie Stellung zu Berichten, wonach das britische Außenministerium Moskau um Erklärungen zum Tod seines Bürgers gebeten habe.
"Was kann die Russische Föderation in diesem Fall tun? Ebenso über offizielle Kanäle mit uns in Kontakt treten und einige Informationen klären",
sagte Nikonorowa und merkte an, dass das Außenministerium der DVR die notwendigen Informationen bereitstellen kann, wenn auch über zusätzliche Kanäle. Donezk habe keine offiziellen Anfragen aus London erhalten. "Wenn sich Großbritannien auf diese Weise um seine Untertanen kümmert, was soll man dann noch machen?", schloss Nikonorowa.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d19f0748fbef213d6e74d3.jpg
Natalia Nikonorowa, Außenministerin der Donezker Volksrepublik, 12. Juli 2022

21:20 de.rt.com: **EU-Kommission will Agrarprodukte von antirussischen Sanktionen ausnehmen**
Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, die Sanktionen gegen Russland dahingehend zu präzisieren, dass sie "in keiner Weise auf landwirtschaftliche Erzeugnisse abzielen". Dies geht aus einer Meldung auf der Webseite der Kommission hervor.
Gleichzeitig schlug sie ein neues Paket restriktiver Maßnahmen vor, das unter anderem ein Verbot der Einfuhr von russischem Gold vorsieht, und sprach sich für eine Verlängerung aller bestehenden Sanktionen gegen Russland bis Ende Januar 2023 aus.
Der Leiter der europäischen Diplomatie, Josep Borrell, fügte gesondert hinzu, dass er dem Europäischen Rat über das neue Sanktionspaket hinaus Vorschläge zur Aufnahme weiterer russischer Personen und Einrichtungen auf die Sanktionsliste vorlegen werde. Deren Vermögen werde eingefroren und ihre Einreise in die EU verboten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1b06ab480cc320c4ba4b8.jpg

21:40 de.rt.com: **Kiew bestätigt Erhalt von neuem Raketenwerfersystem M270**
Ukrainischen Angaben zufolge hat das Land im Zuge der russischen Militäroperation ein neues Raketenwerfersystem aus dem Westen erhalten. Am Freitag schrieb Verteidigungsminister Alexei Resnikow:
"Keine Gnade für den Feind."
Die neuen M270-Systeme würden den US-amerikanischen HIMARS "auf dem Schlachtfeld gute Gesellschaft" leisten, meinte er. Ob nur eines oder bereits mehrere der M270-Systeme geliefert wurden, ging aus dem Tweet nicht eindeutig hervor. Großbritannien hatte der Ukraine zuletzt derartige Waffen zugesagt.
Die M270-Raketenwerfer auf Kettenfahrgestell können im Unterschied zu den auf Lastwagen montierten HIMARS zwölf statt sechs Raketen laden. Bisher erhält Kiew für beide Systeme Raketen mit etwa 80 Kilometer Reichweite. Resnikow und andere ukrainische Vertreter nähren jedoch Hoffnungen auf Raketen mit bis zu 300 Kilometern Reichweite. Deutschland bildet zudem bereits ukrainische Soldaten am Nachfolgesystem Mars II aus, das Kiew von Berlin erhalten soll.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1b774b480cc17d3368661.jpg

22:00 de.rt.com: **Indonesische Finanzministerin: Preisgrenze für russisches Öl wird Energiekrise nicht lösen**
Eine Preisgrenze für russisches Öl, wie sie Washington vorschlägt, werde die globale Energiekrise nur verschärfen. Darauf wies Indonesiens Finanzministerin hin. Moskau könnte sich einfach weigern, sein Öl zu dem vorgeschriebenen Preis zu verkaufen, was zur Verringerung des Angebots führen würde.

Die von den USA vorgeschlagene Begrenzung des Preises für russisches Öl könnte die globale Energiekrise weiter verschärfen, da sie nicht zur Lösung der weltweiten Versorgungsprobleme beitragen würde. Darauf wies die indonesische Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati am Freitag gegenüber CNBC hin.
Der Ministerin zufolge seien die Energiepreise so hoch, weil die Nachfrage das durch die westlichen Sanktionen gegen den Energiesektor des Landes gestörte Angebot übersteigt. Am Rande des G20-Treffens der Finanzminister und Zentralbankchefs auf Bali erklärte sie gegenüber der Presse:
"Eine Obergrenze wird das Problem definitiv nicht lösen, denn es geht um die Menge, die im Vergleich zur Nachfrage nicht ausreicht."
Sie fügte hinzu, dass sich die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage in den kommenden Monaten mit dem Herannahen der Heizperiode nur noch vergrößern wird.
Mulyani äußerte sich zu dem Thema während einer Asienreise der US-amerikanischen Finanzministerin Janet Yellen, bei der diese um Unterstützung für den Price-Cap-Mechanismus werben will. Yellen bezeichnete die Preisobergrenze am Mittwoch als "eines unserer stärksten Instrumente" zur Bekämpfung der Inflation.
Ebenfalls am Mittwoch erklärte die stellvertretende US-Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten, Molly Montgomery, dass Washington den vorgeschlagenen Mechanismus als eine Möglichkeit betrachte, weniger für russische Energieimporte zu bezahlen und den globalen Ölmarkt zu stabilisieren.
Analysten bezweifeln jedoch, dass die Maßnahme funktionieren würde, da sich Russland dafür entscheiden könnte, sein Öl nicht zu dem von Washington festgelegten Preis zu verkaufen. Der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jake Sullivan erklärte kürzlich, dass die Einführung eines solchen Mechanismus Zeit in Anspruch nehmen wird, da noch viele Details geklärt werden müssen, bevor er in Kraft treten kann.
Die USA versuchten zudem, Indien und China davon zu überzeugen, die Preisobergrenze zu unterstützen. Experten bezweifeln jedoch, dass die beiden Länder zustimmen werden, da diese sich derzeit dank großer Preisnachlässe mit russischem Rohöl eindecken.
Mulyani betonte, die Ursache der aktuellen Krise sei der Konflikt in der Ukraine und fügte hinzu:
"Dieser Krieg, die Unterbrechung der Versorgung und die Auswirkungen des Krieges in Form von Sanktionen machen die Situation noch komplexer."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d18b8848fbef5e2c27e522.jpg

22:00 de.rt.com: **Alliierte Streitkräfte kontrollieren Rückzugsrouten der ukrainischen Streitkräfte aus Sewersk und Soledar**
Die russischen Streitkräfte haben gemeinsam mit den Streitkräften der Volksrepubliken Donezk und Lugansk fast alle Fluchtwege der ukrainischen Armee aus Soledar und Sewersk unter ihre Kontrolle gebracht, erklärte der Offizier der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik (LVR), Andrei Marotschko, gegenüber RIA Nowosti.

„Wir kontrollieren die meisten Straßen, aber es gibt auch unbefestigte Straßen, die wir aufgrund des Geländes … teilweise mithilfe sogenannter objektiven Kontrollmitteln kontrollieren. Sie befinden sich alle vollständig in der Schusslinie",
sagte Marotschko. Dem Offizier zufolge kann sich die ukrainische Armee noch aus Sewersk zurückziehen, aber nur in kleinen Gruppen und nur in Richtung Soledar:
"Das Gelände erlaubt immer noch einen mehr oder weniger schleichenden Rückzug, aber von einem sicheren Rückzug kann nicht mehr die Rede sein, da wir den größten Teil der Logistik in der Umgebung dieser Siedlung kontrollieren."
Zuvor hatte das Militär am Freitag mitgeteilt, dass die Kiewer Behörden beschlossen hätten, die Truppen schrittweise aus Sewersk abzuziehen. Der erste stellvertretende Informationsminister der Donezker Volksrepublik, Daniil Bessonow, schilderte, dass die östlichen Bezirke der Stadt geräumt würden, es dort aber immer noch Widerstandsnester gebe. Einen Tag zuvor hatte Iwan Filiponenko, ein offizieller Vertreter der Luganskер Volksmiliz, erklärt, dass es den verbündeten Kräften gelungen sei, etwa 2,5 Kilometer vor Soledar Stellungen zu errichten. Denis Puschilin, Chef der Donezker Volksrepublik, sagte, die Einheiten der Republik seien in der Stadt und die Befreiung der Stadt nur eine Frage der Zeit.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1b23a48fbef23ac2b58c2.jpg
Ukrainische Soldaten heben mit einem Bagger Schützengräben nahe der Stadt Soledar aus, 30. Mai 2022

22:17 de.rt.com: **Nach E-Scooter-Ausflug durch Nürnberg: 3.000 US-Soldaten erhalten Alkoholverbot und Hausarrest**
Eigentlich wurden sie im März nach Deutschland verlegt, um "die Russen abzuwehren". Nun jedoch müssen die Soldaten einer US-Panzerbrigade in Bayern erst einmal Verhaltensregeln lernen und ausnüchtern. Zuvor war es zu mehreren Zwischenfällen mit E-Scootern gekommen.
Gegen rund 3.000 US-Soldaten, die gesamte 1. Panzerbrigade der 3. Infanteriedivision, wurde ein Alkoholverbot und eine abendliche Ausgangssperre verhängt. Zudem wurde eine Schulung angeordnet, um die Truppe auf Linie mit den deutschen Gesetzen zu bringen. Denn gemäß diesen Gesetzen darf man auch mit E-Scootern nicht betrunken fahren. Genau das haben mehrere der Gäste aus den USA aber getan.
Am Wochenende des 4. Juli hatten einige Soldaten den US-Nationalfeiertag mit einer nicht zu geringen Menge an Alkohol begossen. Anschließend unternahmen sie auf E-Scootern eine Spritztour durch Nürnberg, und hatten sich mit Trunkenheit am Steuer erwischen lassen. Denn E-Scooter werden hierzulande hinsichtlich der Promillegrenze mit Kraftfahrzeugen gleichgesetzt.
"Für unsere Mission im europäischen Einsatzgebiet ist es von entscheidender Bedeutung, dass

wir in unseren Verbänden für Ordnung und Disziplin sorgen", teilte Major Patrick Connelly, der Sprecher der Brigade, in einer Erklärung vom Mittwoch mit.
"Diese Einschränkungen werden sicherstellen, dass wir unsere Einsatzbereitschaft aufrechterhalten und gute Gäste bei unserem Gastland bleiben."
Seit ihrem Eintreffen im März waren fünf Soldaten der Trunkenheit am Steuer beschuldigt worden. An diesem Wochenende soll zu diesem Thema nun eine Schulung stattfinden. Laut dem Sprecher der US-Armee in Europa, John Tomassi, werde der Vorfall vom 4. Juli aktuell untersucht. Die Führung der Brigade habe die Disziplinarmaßnahme ergriffen, "um sicherzustellen, dass die Soldaten die Regeln des Gastlandes verstehen."
Die Soldaten der 1st Armored Brigade Combat Team, 3rd Infantry Division, waren im März in das bayerische Grafenwöhr eingeflogen worden, um Europa vor einem russischen Vormarsch zu schützen. Sie sind Teil der rund 20.000 US-Soldaten, die seit Ende Februar zusätzlich nach Europa gekommen sind. Die vorübergehende Einschränkung des Alkoholkonsums und der nächtlichen Ausflüge für die US-Soldaten trat am 7. Juli in Kraft.
Beinahe ironischerweise hat Oberst Dmitri Mitroschin, der Leiter des wissenschaftlichen Zentrums für Verkehrssicherheit des russischen Innenministeriums, fast zeitgleich vorgeschlagen, das Fahren mit Elektrorollern auch an russischen Schulen in den Lehrplan aufzunehmen.
Laut Statista hat es hierzulande von Januar bis März 2021 bei der Verwendung von E-Scootern 356 Unfälle mit Personenschaden gegeben. Fast 50 Personen wurden in diesem überschaubaren Zeitraum bei Unfällen mit E-Rollern schwer verletzt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d17fa2b480cc435834ce94.jpg

22:20 de.rt.com: **Alliierte Streitkräfte kämpfen um Serebrjanka in der DVR**
Wie TASS meldet, kämpfen die alliierten Streitkräfte um das Dorf Serebrjanka in der Donezker Volksrepublik (DVR), das einige Kilometer von Sewersk entfernt liegt. Der Ort soll in Kürze befreit sein. Witali Kisseljow, stellvertretender Innenminister der Lugansker Volksrepublik (LVR), erklärte gegenüber dem TASS-Korrespondenten:
"Jetzt ist die Entnazifizierung und Entmilitarisierung in Serebrjanka im Gange. Ich denke, dass unsere Einheiten in naher Zukunft die Reste [der ukrainischen Truppen], die dort in den Wäldern wie Hasen auf dem Feld herumlaufen, mit Geschick ausschalten werden, so wie sie es bei Sewersk und Soledar getan haben."
Zuvor hatte Kisseljow gegenüber TASS erklärt, dass die ukrainischen Truppen auf dem Rückzug aus Sewersk in die Siedlungen in der Nähe von Slawjansk und Kramatorsk fliehen: Sakotnoje, Kirowo, Swanowka und Kusminowka. Nach Angaben von Kisseljow haben die ukrainischen Streitkräfte in Kusminowka damit begonnen, die Brücke über den Fluss Bachmutka zu verminen, um sie bei ihrem Rückzug zu sprengen.
Am Freitag erklärte der stellvertretende Leiter des DVR-Informationsministeriums, Daniil Bessonow, auf seinem Telegram-Kanal, dass die verbündeten Streitkräfte die östlichen

Bezirke von Sewersk säubern, während die ukrainischen Streitkräfte noch Widerstand leisten. Andrei Marotschko, Offizier der Lugansker Volksmiliz, sagte, das ukrainische Kommando habe beschlossen, seine Einheiten schrittweise aus der Stadt abzuziehen. Gleichzeitig würden einige ukrainische Einheiten willkürlich ihre Stellungen in der Nähe von Soledar und Sewersk verlassen, wo derzeit "geplante Kampfhandlungen" liefen.

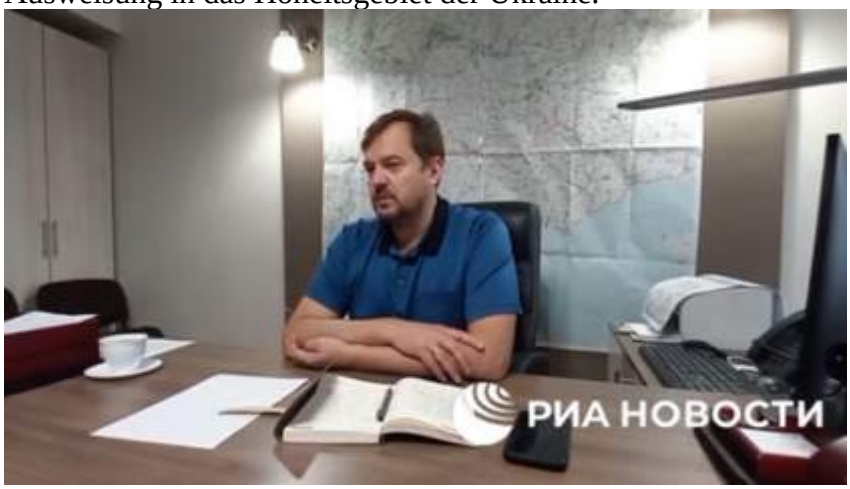
https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1b821b480cc17d3368665.jpg
Zerstörte Wohnhäuser in Sewersk, 23. Juni 2022

22:30 de.rt.com: **Saporoschje unterzeichnet Dekret über Ausweisung in die Ukraine im Falle der Unterstützung von Radikalen**

Der Leiter der Regionalverwaltung von Saporoschje, Jewgenij Balizkij, hat einen Erlass über die Ausweisung von Bürgern, die Terroristen und radikale Gruppen wie den in Russland verbotenen "Rechten Sektor" unterstützen, über Kontrollpunkte in die Ukraine unterzeichnet. Er sagte gegenüber RIA Nowosti:

"Wenn nun eine Person ein in Vorbereitung befindliches Verbrechen nicht anzeigt oder weiß, dass ein Nachbar, Verwandter oder Bekannter extremistische Aktivitäten im Internet betreibt und diese Information nicht an die Strafverfolgungsbehörden weitergibt, ist sie demjenigen gleichgestellt, der das Verbrechen begangen hat."

Zuvor hatte der Leiter der zivil-militärischen Verwaltung am Freitag einen Erlass unterzeichnet, der die Verunglimpfung von Behörden, einschließlich russischer Behörden, die Verwendung von Nazi-Abzeichen und -Gegenständen sowie die Durchführung nicht genehmigter öffentlicher Veranstaltungen verbietet. Den Tätern droht als Strafe zudem die Ausweisung in das Hoheitsgebiet der Ukraine.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d1c1f248fbef489d7bdbaf.png
Jewgenij Balizkij im Interview mit RIA Nowosti (Screenshot), 15. Juli 2022

22:40 de.rt.com: **Social-Media-Berichte: Mehrere Explosionen auf dem Werksgelände**

von "Juschmasch"?
Verschiedene Social-Media-Kanäle meldeten heute Abend Explosionen und Brände auf dem Gelände der Maschinenfabrik "Juschmasch" in Dnepropetrowsk.

Die Beschreibung zu dem verlinkten Kurzclip des Telegram-Kanals Ukraina.ru lautet auf Deutsch:
"Das Juschmasch-Werk in Dnepropetrowsk sieht jetzt so aus. Dort wurden Komponenten für die Raketentechnik der ukrainischen Streitkräfte hergestellt."
Zur Stunde gibt es noch keine unabhängige Bestätigung über einen möglichen Angriff auf das Werk.

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Russische Botschaft in Washington: USA wollen Russland vom Lebensmittelmarkt verdrängen**
Ziel der US-Sanktionen und der Vorwürfe, Russland nutze die Getreidekrise als politische Waffe, sei das Ausschließen des Landes vom globalen Lebensmittelmarkt, so die russische Botschaft in Washington.
Wie die russische diplomatische Vertretung in Washington mitteilte, verfolgt die US-Politik unter anderem das Ziel, Russland vom globalen Lebensmittelmarkt zu verdrängen.
So kommentierte die Botschaft in ihrem Telegram-Kanal die jüngsten Äußerungen von US-Beamten, wonach Russland angeblich Lebensmittellieferungen als politische Waffe einsetzt:
"Wir betrachten solche Äußerungen als Beweis für die Bemühungen der USA, den globalen Agrarmarkt so zu verändern, dass Russland vom Lebensmittelhandel verdrängt wird.
Zu diesem Zweck setzt Washington aktiv unrechtmäßige einseitige Sanktionen ein, um den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit unseres Landes mit der Außenwelt zu blockieren, und ist bereit, die Lieferketten weiter zu untergraben. Infolgedessen haben die Importstaaten erhebliche Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Agrarerzeugnissen."
Wie russische Diplomaten betonen, sind "die Behauptungen, Russland behindere die Ausfuhr von Landwirtschaftsgütern aus der Ukraine auf dem Seeweg, (…) völlig unbegründet", weil sich Russland in die Exporte nicht einmische.
Die volle Verantwortung für die Probleme mit ukrainischen Getreideexporten liege bei den Kiewer Behörden, "die das Schwarze Meer mit Minen übersät haben", erklärte die russische diplomatische Vertretung. "Außerdem machen die Mengen des sogenannten 'blockierten' ukrainischen Getreides nur einen winzigen Bruchteil der weltweiten Nachfrage aus", so die russische Botschaft weiter.
Internationaler Druck und unbegründete Anschuldigungen würden Russland jedoch nicht daran hindern, seinen Verpflichtungen nachzukommen, betonten die Diplomaten:
"Die Russische Föderation ist entschlossen, ihre Verpflichtungen aus internationalen Verträgen über den Verkauf von Nahrungsmitteln und Düngemitteln an andere Länder weiterhin nach Treu und Glauben zu erfüllen, ganz gleich, wie sehr der kollektive Westen versucht, dies zu verhindern."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d16bd748fbef5e2c27e4fd.jpg

7:00 de.rt.com: **Russland evakuiert mehr als 26.000 Menschen aus gefährlichen Zonen in Donbass und Ukraine**
Der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, hat auf seinem Pressebriefing am Freitagabend mitgeteilt, dass Menschen aus den gefährlichen Zonen in der Ukraine und den Donbass-Republiken weiterhin nach Russland evakuiert würden. Allein in den vergangenen 24 Stunden seien ohne Unterstützung der Kiewer Behörden 26.269 Menschen, davon 4.522 Kinder, in Sicherheit gebracht worden. Misinzew zufolge seien seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 2.584.323 Menschen, darunter 407.405 Minderjährige, nach Russland evakuiert worden. Russlandweit gebe es mehr als 9.500 Unterkunftseinrichtungen für Flüchtlinge aus der Ukraine und den Donbass-Republiken.
Der hochrangige Militär berichtete auch über fünf humanitäre Aktionen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den ukrainischen Gebieten Charkow und Saporoschje. Dabei seien dort am Freitag etwa 353 Tonnen Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs an die Bevölkerung verteilt worden. Seit dem 2. März 2022 habe Russland mehr als 46.206 Tonnen humanitäre Hilfe an die Ukraine geliefert.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d244f748fbef47be3114eb.jpg
Einwohnerinnen von Mariupol tragen Kartons mit humanitärer Hilfe, 8. Juni 2022

tass.ru: Die ukrainischen Behörden haben den Direktoren von Schulen und Kindergärten der Oblast Saporoshe **Prämien für die Sabotage des Unterrichts und von Maßnahmen der neuen Behörden angeboten**. Lehrer und Erzieher werden mit dem Tod und strafrechtlicher Verfolgung bedroht, teilte das Mitglied des leitenden Rats der militärisch-zivilen Verwaltung der Oblast Wladimir Rogow.

„Bei Schulen, Hochschulen und Kindergärten wurde alles getan, damit sie nicht funktionieren. Die Einrichtungen für Kinder wurden vollständig „eingeschüchtert“. Alle Mitarbeiter wurden vorgeladen und es wurden Treffen durchgeführt, es wurde die Aufgabe gestellt, in keiner Weise eine Wiederaufnahme des Unterrichtsprozesses zuzulassen. Dabei wurden einfache Lehrer, Erzieher, Betreuer mit dem Tod und strafrechtlicher Verfolgung bedroht. Den Direktoren der Schulen und Kindergärten wurde Geld für die Sabotage versprochen“, sagte Rogow.

7:33 de.rt.com: **Siedlung in Russland erneut unter Beschuss aus Ukraine**
Die russische Siedlung Tjotkino ist in der Nacht zum Samstag erneut unter Beschuss geraten. Der Gouverneur des Gebiets Kursk, Roman Starowoit, teilte am frühen Morgen in den sozialen Netzwerken mit, dass die ukrainischen Streitkräfte auf die Ortschaft an der russisch-ukrainischen Grenze mehr als 20 Geschosse abgefeuert hätten.
"Zum Glück gibt es keine Verletzten unter den Einwohnern. Es gibt geringfügige Schäden an einigen Häusern."
Der Politiker veröffentlichte auf Telegram zwei Fotos aus Tjotkino nach dem ukrainischen Angriff.
Es ist nicht das erste Mal, dass die ukrainische Armee infolge der russischen Sonderoperation russische Wohngebiete entlang der Grenze unter Beschuss nimmt. In den russischen Grenzgebieten Brjansk, Kursk, Belgorod und auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim gilt deshalb seit Monaten die Terrorwarnstufe Gelb.

7:35 de.rt.com: **Selbst gemachte Gaskrise: Bundesministerien wollen bei Kühlung und Heizung sparen**
Allmählich wird es ernst – nun wollen die Bundesministerien Einsparungen beim eigenen Energieverbrauch erzielen. Dieses Beispiel scheint dazu gedacht, Einverständnis und klaglosen Verzicht angesichts der ebenso absehbaren wie selbstverschuldeten Mangellage zu schaffen.
Die Gaspreise scheinen nur noch eine Richtung zu kennen: nach oben. Im politischen Berlin dreht sich nun täglich alles um die Frage, wie möglichst viel Energie eingespart werden könnte – nicht nur in Privathaushalten, sondern – auch wegen der Vorbildwirkung – in den Ministerien.
Angesichts der Energiekrise, die eine direkte Folge der von den EU- und NATO-Staaten verhängten antirussischen Sanktionen sowie der selbst gewählten Embargo-Politik gegen Moskau darstellt, will die Bundesregierung nun mit gutem Beispiel vorangehen und auf Sparsamkeit setzen. In vielen Ministerien werde bereits die Kühlung heruntergefahren, und auch beim Heizen soll ab Herbst gespart werden. In einigen Häusern laufen derzeit noch Prüfungen, was getan werden kann, wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur ergab. Manche Ministerien tun sich dabei mit umfangreicheren Maßnahmen als andere hervor. Quasi aus dem Stand sollen Einsparungen von bis zu 40 Prozent erreicht werden.
Technik vor Menschen
Die wohl ambitioniertesten Ziele hat sich das Haus von Robert Habeck (Grüne) gesetzt: Das Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium will nach eigenen Angaben ab Herbst etwa 15 Prozent an Heizenergie sparen. Unter anderem soll dafür nachts die Temperatur länger abgesenkt werden. Im Sommer will das Ministerium sogar 40 Prozent der Energie sparen. Klimatisierte Räume sollen dafür nur bis auf 26 Grad Celsius heruntergekühlt werden – die einzige Ausnahme sind Server- und Technikräume, wo eine stärkere Kühlung aus technischen Gründen unverzichtbar ist. Zum Vergleich: Das Gesundheits- und das Verteidigungsministerium gaben an, die Raumtemperatur auf 22 Grad Celsius eingestellt zu haben.

Auch das Auswärtige Amt habe bereits verschiedene Maßnahmen zum Einsparen von Energie ergriffen, hieß es aus dem Ministerium. Unter anderem seien Kälteanlagen abgeschaltet und Solar- beziehungsweise Fotovoltaikanlagen auf dem Dach installiert worden. Für einen besseren Wärmeschutz im Sommer sollen außerdem reflektierende Fensterfolien angebracht werden. Innen werden den Angaben zufolge nur vereinzelt Räume gekühlt. "Bis zu einer Außentemperatur von 30 Grad sind als Innentemperatur 24 Grad eingestellt", hieß es aus dem Ministerium von Annalena Baerbock (Grüne). Bei einer Außentemperatur von über 30 Grad Celsius steige auch die Innentemperatur.

Opposition einverstanden

Unterstützung für diesen Kurs kommt auch aus Kreisen der eigentlich oppositionellen Union. Der CDU-Energiepolitiker Andreas Jung verlangte generell von den Ministerien ambitioniertes Energiesparen.

"Nicht weiter kühlen als bis 26, 27 Grad. Bei Beleuchtung sparen. Beim Heizen sparen, dort wo es geht. Wenn das jedes öffentliche Gebäude macht, kommt was zusammen", sagte Jung Anfang der Woche dem TV-Sender Welt. Zudem würde dies signalisieren, dass die Lage ernst sei. "Wir müssen jetzt was machen, wir appellieren nicht nur an andere, sondern wir fangen mal dort an, wo wir selber was tun können", betonte Jung.

Selber etwas tun müssen auch die Angestellten des ebenfalls grün geführten Bundesfamilienministeriums: Da es dort in den Räumlichkeiten weder eine Klimaanlage noch eine zentrale Temperatureinstellung an den Heizkörpern gibt, ist das Ministerium auf ein klimabewusstes Verhalten seiner Mitarbeiter angewiesen. Diese sind aufgefordert, die Heizung möglichst niedrig einzustellen und bei Abwesenheit die Temperatur weiter herunterzudrehen, sagte eine Sprecherin.

Auch in vielen anderen Dienstgebäuden der Bundesministerien gibt es keine Klimatisierung, zum Beispiel in den Räumlichkeiten in großen Teilen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Teilen des Gesundheitsministeriums, des Verteidigungsministeriums oder im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Im Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser (SPD) kommt eine energieeffiziente Geothermie-Anlage, die Erdwärme nutzt, zum Einsatz. Erst wenn diese nicht ausreiche, würde man Fernwärme einsetzen, teilte ein Sprecher mit. Zudem sei vor Kurzem auf dem Dach des Gebäudes eine Fotovoltaik-Anlage installiert worden. Auch eine Reduzierung der Raumtemperatur in der kommenden Heizperiode werde derzeit geprüft.

EU-System zur Aufdeckung von Schwachstellen

Sieben der insgesamt 15 Bundesministerien gaben an, ein von der EU entwickeltes "Umweltmanagementsystem" eingeführt zu haben – oder sie beabsichtigen, dies noch zu tun. Mit diesem System könnten ökologische und ökonomische Schwachstellen in Organisationen beseitigt sowie Material, Energie und damit Kosten eingespart werden. Dies hätten unter anderem die Ministerien für Verkehr, Bildung, Umwelt, Arbeit, Finanzen und Entwicklung sowie das Auswärtige Amt bestätigt. Einer Sprecherin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zufolge soll das System bis 2025 in allen obersten Bundesbehörden eingeführt werden.

Trotz erster Erfolge im Hinblick auf Nord Stream 1 baut die Regierung vor: So gaben das Finanzministerium, das Bildungsministerium sowie das Umweltministerium an, die Warmwasseraufbereitung reduziert beziehungsweise teilweise ausgestellt zu haben. Außerdem sollen nicht sicherheitsrelevante Beleuchtungsanlagen in vielen Ministerien – unter anderem im Innenministerium, Arbeitsministerium und im Finanzministerium – abgestellt werden. In Baerbocks Auswärtigem Amt werden alte Lampen mit einem hohen Energieverbrauch gegen energiesparende LED-Lampen ausgetauscht.

Bundestag steht nicht zurück

Aber nicht nur die Regierung hat sich viel vorgenommen. Auch im Parlament will man durch größere Sparsamkeit dem russischen Präsidenten eins auswischen: Vergangene Woche hatte

der Ältestenrat beschlossen, dass die Büroräume für Bundestagsabgeordnete, ihre Mitarbeiter und die Bundestagsverwaltung im Winter nur noch auf 20 statt bisher 22 Grad aufgeheizt werden sollen. Sorgten die Klimaanlagen bisher im Sommer je nach Außentemperatur für angenehme 24 bis 26 Grad, werden es künftig eher 26 bis 28 Grad sein. Damit hat die Berliner Politik einmal mehr selbst schon rein äußerlich die Voraussetzungen für hitzige Debatten geschaffen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d16a2148fbef20fc16d56d.jpg
Luftaufnahme des Bundesfinanzministeriums in der Berliner Wilhelmstraße, erbaut 1935 als Reichsluftfahrtministerium (Foto vom Juni 2016)

8:30 de.rt.com: **Ukrainische Piloten sollen im Umgang mit F15 und F16 ausgebildet werden**

Das Repräsentantenhaus des US-Kongresses hat weitere 100 Millionen US-Dollar Hilfe für die Ukraine gebilligt. Nach Angaben des Online-Portals Defense News ist diese Summe für die Ausbildung ukrainischer Piloten bestimmt. Sie sollen demzufolge im Umgang mit den Kampfjets F15 und F16 geschult werden. In Frage kommen Ausbildungszentren in den US-Bundesstaaten Mississippi und Texas. Für die entsprechende Änderung im National Defense Authorization Act für das Jahr 2023 muss allerdings noch der US-Senat stimmen.
Inzwischen hat der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow den Erhalt von Raketenwerfer-Systemen vom Typ M270 aus dem Westen bestätigt. Auf Twitter schrieb er, die M270-Systeme würden den US-amerikanischen HIMARS "auf dem Schlachtfeld gute Gesellschaft" leisten. Großbritannien hatte der Ukraine zuletzt solche Waffen zugesagt. Die M270-Systeme auf Kettenfahrgestell können im Unterschied zu den auf Lastwagen montierten HIMARS zwölf statt sechs Raketen laden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d254deb480cc7c386a6295.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 16.7.2022**
Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:
- 54 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 2 Panzer;
- 5 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Stachanow mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen und 6 Raketen abgefeuert.
Infolge des Beschusses wurden **2 Zivilisten verletzt**, 4 Häuser zerstört und 29 Wohnhäuser beschädigt.
Ein Menge sozialer Objekte und Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. 1450 Verbraucher hatten keinen Strom.
Seit Beginn des heutigen Tages wurde Skargowka mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen.
Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.
So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Kudrjaschowka und Staraja Krasnjanka zurückgelassen wurden, gesäubert.
Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.
So haben Freiwillige der gesellschaftlichen Organisationen „Nahrung des Lebens“ gemeinsam mit der Volksmiliz der LVR arme Mahlzeiten für bedürftige Einwohner von Lissitschansk geliefert.
Außerdem hat die Volksfront gemeinsam mit Freiwilligen aus der Oblast Rostow mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für Einwohner der befreiten Ortschaften Rubeshnoje und Sewerodonezk geliefert.

9:08 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet sieben tote und 19 verletzte Zivilisten binnen 24 Stunden**
Die Behörden in Donezk haben binnen der letzten 24 Stunden 101 Angriffe der ukrainischen Streitkräfte registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 935 Geschosse abgefeuert. Das ukrainische Militär setzte dabei Raketen vom Typ Grad sowie 155-, 152-, 122-, 120- und 80-Millimeter-Geschosse ein. Unter Beschuss gerieten insgesamt 17 Wohngebiete, darunter Donezk.
Durch die ukrainischen Angriffe wurden in zwei Bezirken von Donezk und in der Ortschaft Werchnetorezkoje sieben Zivilisten getötet. Weitere 19 Einwohner von Donezk, Jakowlewka, Dokutschajewsk und Jassinowataja erlitten Verletzungen. Insgesamt wurden durch die Attacken 27 Wohnhäuser und acht zivile Infrastrukturobjekte in drei Bezirken von Donezk und Jassinowataja beschädigt.
Am Vortag hatten die Behörden von Donezk von 58 Angriffen aus der Ukraine berichtet.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d258ae48fbef450625b6a6.jpg
Mitarbeiter des Ermittlungskomitees der Volksrepublik Donezk bergen am 14. Juli 2022 die Leiche eines Mannes, der bei einer Attacke der ukrainischen Armee auf Donezk getötet wurde

9:31 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsminister Schoigu inspiziert russische Truppen in Ukraine**
Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat die Truppenverbände Süd und Zentrum inspiziert, die an der Sonderoperation in der Ukraine beteiligt sind. In der am Samstagmorgen veröffentlichten Mitteilung des Ministeriums hieß es, dass sich Schoigu Berichte über die Sachlage, die Handlungen des Gegners und den Verlauf der russischen Sonderoperation angehört habe. Schoigu habe danach die Anweisung erteilt, die Handlungen der russischen Truppen in allen Richtungen zu intensivieren, damit das Kiewer Regime keine Möglichkeit habe, Wohngebiete im Donbass und in anderen Regionen mit Raketen und Artillerie massiv unter Beschuss zu nehmen.
Nach Angaben des Verteidigungsministeriums dekorierte Schoigu bei seiner Inspektion den Befehlshaber des Truppenverbands Zentrum, Generaloberst Alexander Lapin, und Generalmajor Essedulla Abatschew für deren Mut und Heldentum mit der Medaille "Goldener Stern". Diese Auszeichnung wird den Helden der Russischen Föderation verliehen. Der genaue Ort und Zeitpunkt des Besuchs wurden nicht bekannt gegeben. Zuletzt hatte das Ministerium am 26. Juni von einer ähnlichen Inspektion Schoigus berichtet.

https://pbs.twimg.com/media/FXxSyrwUsAEraVB?format=jpg&name=small

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.7.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 900 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ und Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**, außerdem wurden nicht lenkbare Luftraketen des Kalibers 80mm (ohne Einsatz von Fluggeräten) eingesetzt.
Die Gebiete von **17 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden 19 **Zivilisten, darunter ein Kind, geb. 2011, verletzt, 7 starben**. 27 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Artillerieaufklärungsradar AN/TPQ-50, 3 Schützenpanzerwagen und mehr als 70 Mann.

10:05 de.rt.com: **Wegen hoher Energiekosten: Verbraucherzentrale rät zum Sparstrumpf**
Angesichts rasant steigender Energiekosten ruft der Bundesverband der Verbraucherzentralen die Menschen dazu auf, möglichst bald Rücklagen zu bilden. Die Deutsche Presse-Agentur zitiert die Geschäftsbereichsleiterin des Verbraucherzentrale Bundesverbandes, Jutta Gurkmann, mit den Worten:
"Die ohnehin schon hohen Preise für Strom und vor allem für Gas werden in den kommenden Monaten aller Voraussicht nach stark ansteigen, darauf sollten sich die Menschen vorbereiten."
Nach Schätzung der Bundesnetzagentur werden sich die monatlichen Gasabschläge nächstes Jahr mindestens verdreifachen. Grund hierfür sind Folgen des Ukraine-Kriegs und gedrosselte russische Lieferungen.
Importeure wie das Energie-Unternehmen Uniper machen derzeit hohe Verluste: Sie bekommen kein russisches Gas mehr und müssen teures Gas aus anderen Quellen einkaufen, um Lieferverträge mit Stadtwerken und Industriefirmen bedienen zu können.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d25c6b48fbef450625b6aa.jpg

10:35 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Saporoschje: Kiew regte Schulleiter zur Sabotage des Unterrichts in befreiten Ortschaften an**
Ein Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des teilweise von der russischen Armee kontrollierten Gebiets Saporoschje hat der Nachrichtenagentur TASS erklärt, dass die ukrainischen Behörden Kindergarten- und Schulleitern in den befreiten Ortschaften angeboten hätten, den Unterricht und Initiativen der neuen Gebietsverwaltung

gegen Entgelt zu sabotieren. Darüber hinaus hätten die ukrainischen Behörden Lehrer und Erzieher eingeschüchtert, indem sie sie mit dem Tod oder einer Strafverfolgung bedroht hätten, erklärte Wladimir Rogow.
Gleichzeitig teilte Rogow mit, dass russische Fachleute verschiedener Bereiche in befreite Ortschaften des Gebiets Saporoschje kämen, um den Menschen vor Ort zu helfen. Solche Helfer gebe es unter anderem aus Sibirien und dem Fernen Osten Russlands.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d270ffb480cc7f2f7b279f.jpg

11:38 de.rt.com: **Gazprom bittet Siemens um Rückgabe der Nord Stream-Turbine**
Der russische Energiekonzern Gazprom hat Siemens Energy offiziell darum gebeten, die Rückgabe der in Kanada gewarteten Turbine für die Erdgas-Pipeline Nord Stream 1 in die Wege zu leiten. Am Samstag teilte das Unternehmen auf seinem Telegram-Kanal mit:
"Am 15. Juli hat Gazprom sich offiziell mit der Bitte an Siemens gewandt, Dokumente bereitzustellen, die es unter Berücksichtigung der derzeitigen Sanktionsregeln in Kanada und der EU erlauben, die Gasturbine der für Nord Stream 1 essenziell wichtigen Kompressorstation 'Portowaja' nach Russland auszuführen."
Zugleich rechne Gazprom fest damit, dass Siemens Energy seinen Vertrag zur Wartung und Reparatur der Gasturbinen erfülle. Davon hänge das weitere Funktionieren von Nord Stream 1 ab, warnte das Unternehmen.
Seit Juni hatte Gazprom die Gaslieferungen durch die Pipeline Nord Stream 1 in der Ostsee deutlich gedrosselt und dies mit der fehlenden Turbine von Siemens Energy begründet, die in Kanada gewartet wurde. Wegen der infolge des Ukraine-Kriegs erlassenen Sanktionen weigerte sich Kanada zunächst, die Turbine an Russland zurückzugeben. Später entschied sich die Regierung in Ottawa dafür, das Aggregat stattdessen an Deutschland zu übergeben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d27e1c48fbef489d7bdbde.jp

g

nachmittags:

12:09 de.rt.com: **150 Tage Eskalation im Donbass: Volksrepublik Donezk meldet 256 tote Zivilisten seit dem 17. Februar**
Die Behörden der Volksrepublik Donezk haben am Samstagmorgen ihre jüngsten Statistiken zu den Opfern der Eskalation im Donbass bekannt gegeben. Demnach kamen seit dem 17. Februar 256 Zivilisten, darunter 16 Minderjährige, ums Leben. In diesen 150 Tagen wurden 2.699 Einwohner, darunter 176 Minderjährige, verletzt. Die Behörden in Donezk zählten insgesamt 5.983 Angriffe der ukrainischen Armee. Als Folge der Attacken wurden 5.545 Wohnhäuser und 1.233 zivile Objekte, darunter 72 Krankenhäuser und 241 Bildungsstätten, beschädigt. Außerdem kamen 672 Fahrzeuge zu Schaden.
Die Situation an der Trennlinie zwischen der Ukraine und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatte sich am 17. Februar stark zugespitzt. Am 18. Februar riefen die Behörden in Donezk und Lugansk eine massenhafte Evakuierung von Zivilisten nach Russland aus. Am 21. Februar erkannte Russlands Präsident Wladimir Putin die Unabhängigkeit der Volksrepubliken in ihren Grenzen mit Stand Anfang 2014 an. Am 24. Februar startete Putin die militärische Sonderoperation in der Ukraine.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d27ade48fbef499c13eb39.jpg
Ein Linienbus in Donezk, der am 14. Juni 2022 bei einem Angriff aus der Ukraine beschädigt worden ist

12:55 de.rt.com: **Russische Luftwaffe schießt drei ukrainische Kampfflugzeuge und zwei Hubschrauber ab**
Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem Briefing am Samstagnachmittag über weitere Angriffe der russischen Streitkräfte auf Militärobjekte in der Ukraine berichtet. Die 115. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die in der Nähe von Sewersk agiert habe, sei praktisch vernichtet worden. Allein in den vergangenen zwei Tagen hätten russische Angriffe mehr als 600 Angehörige der Einheit getötet. Um die Verluste zu kompensieren, mobilisiere das ukrainische Militär eilig Einwohner von Sewersk und der umliegenden Ortschaften. Bei einem Schlag auf die 123. Brigade der Territorialverteidigung in Nikolajew seien bis zu 200 ukrainische Nationalisten und ausländische Söldner getötet worden. Außerdem wurden 13 Panzerfahrzeuge außer Gefecht gesetzt.
Konaschenkow bestätigte ferner Berichte über russische Angriffe auf Objekte in Dnepropetrowsk. Demnach seien dabei in der Stadt Produktionshallen getroffen worden, in denen man Teile für ballistische Raketen vom Typ Totschka-U und reaktive Geschosse für

Mehrfachraketenwerfer hergestellt und gewartet habe. Bei weiteren hochpräzisen Angriffen seien vier Kommandopunkte der ukrainischen Armee, ein Munitionslager sowie 25 Ansammlungen von Technik und Personal zerstört worden.
Nach Angaben des Sprechers habe die russische Luftwaffe innerhalb der letzten 24 Stunden 21 Kommandopunkte, fünf Munitionslager und 189 Ansammlungen von Technik und Personal der ukrainischen Streitkräfte zerstört. Darüber hinaus hätten russische Jäger zwei ukrainische MiG-29 und ein Su-25-Kampfflug abgeschossen. Außerdem habe die Ukraine zwei Hubschrauber vom Typ Mi-8 und vom Typ Mi-24 verloren.
Die russische Flugabwehr habe am Himmel über den Gebieten Charkow, Cherson, Saporoschje sowie den Volksrepubliken Donezk und Lugansk 14 ukrainische Drohnen abgeschossen. In der Nähe der Ortschaft Nowoswanowka in der Volksrepublik Donezk habe man eine ukrainische ballistische Rakete vom Typ Toschka-U abgefangen. In der Nähe der Ortschaft Isjum im Gebiet Charkow seien zwei reaktive Uragan-Geschosse abgefangen worden, erklärte Konaschenkow.
Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 256 Flugzeuge, 139 Hubschrauber, 1.557 Drohnen, 355 Flugabwehrraketenkomplexe, 4.073 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 746 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.149 Geschütze und Mörser verloren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d297ccb480cc23e96d730b.jpg
Ein russischer Mehrfachraketenwerfer vom Typ Uragan feuert am 26. Juni 2022 im Laufe der Sonderoperation in der Ukraine eine Rakete ab

13:22 de.rt.com: **EU-Haushaltskommissar Hahn stimmt Europäer auf weitere Zahlungen für die Ukraine ein**
EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn hat in einem *Spiegel*-Interview erklärt, dass sich Europa darauf vorbereiten müsse, dass der Ukraine-Krieg länger andauern werde.
"Wir müssen uns auf weitere Zahlungen einstellen. Europa braucht finanziell einen langen Atem."
Wer glaube, dass sich die verschiedenen Krisen ohne neue Mittel bewältigen ließen, liege falsch. Die EU müsse ihren Finanzplan neu aufstellen, sagte Hahn. Zugleich kritisierte der Kommissar, dass die Bundesregierung eine gemeinsame europäische Schuldenaufnahme zum Wiederaufbau der Ukraine nach dem Vorbild des Corona-Fonds ablehnt.
"Die Ukraine ist ein rohstoffreiches Land mit einem großen Markt. Gerade Deutschland bieten sich dort enorme wirtschaftliche Chancen."
Es liege deshalb "im ureigensten Interesse von Regierung und Industrie, in den Wiederaufbau des Landes zu investieren". Europa sollte bereit sein, der Ukraine günstigere

Kreditkonditionen einzuräumen und in der Anfangsphase auf Zinszahlungen zu verzichten. Das Ziel sei, die Ukraine möglichst schnell an die Gegebenheiten der Europäischen Union anzupassen, forderte Hahn.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d29be548fbef49fd0ede93.jpg

13:47 de.rt.com: **Russischer Senator hält Russlands Sieg im Ukraine-Krieg für kürzesten Weg zur Wiederherstellung der Beziehungen zu Europa**

Der Vizevorsitzende des Ausschusses für internationale Angelegenheiten beim russischen Föderationsrat, Wladimir Dschabarow, hat auf Telegram an seine Landsleute appelliert, die sich über den Rückzug vieler europäischer Unternehmen vom russischen Markt, über abgerissene Geschäftskontakte und gecancelte Reisen nach Europa beschweren. Die Nutzer wiesen darauf hin, dass dies mit dem Ukraine-Krieg zusammenhänge. Hierauf antwortete der Senator:

"Liebe Mitbürger, der schnellste Rückweg zu dem, wonach sie sich sehnen, ist der absolute Sieg Russlands in der militärischen Sonderoperation in der Ukraine."

Dschabarow zeigte sich sicher, dass die Europäer es dann als Ehre betrachten würden, wenn Russland der Wiederherstellung des normalen Verhältnisses zustimmen würde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d2a4a448fbef48215d9a62.jpg

lug-info.com: **In Lugansk wurde heute ein Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der LVR und der Oblast Charkow unterzeichnet.**

Unterzeichnet wurde das Dokument vom Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik und dem

Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung der Oblast Charkow Witalij Gantschew. Sie erörterten die Gebiete der Zusammenarbeit, darunter Fragen der Energieversorgung und der Sicherheit.
„Die Einwohner der Oblast Charkow führen genauso einen Befreiungskampf wie die Einwohner der LVR, gegen dieselben Nazibataillone, Nazitruppen, die unser Territorium besetzt hatten. Wir haben unser Territorium am 3. Juli vollständig gesäubert, Ihnen steht das noch bevor. Deshalb wissen wir ganz genau, wie schwierig das ist, in welcher schwierigen Situation Sie sich befinden. Weil wir unser 2014 in genauso einer Situation befunden habe. Acht Jahre täglicher Beschuss unserer Territorien. Da wir wissen, wie schwierig es für Sie ist, will ich sagen, dass Sie immer auf unser Hilfe und Unterstützung zählen können“, sagte Pasetschnik.
„In Charkow zu leben in der Ukraine, wie sie seit 2014 besteht, in dem Land, in das sie sich verwandelt hat, ist unerträglich geworden. Gerade die Lugansker Volksrepublik ist das Land geworden, wo wir uns selbst finden konnten. Hier wurden wir aufgenommen, fanden Zuflucht, bekamen eine Wohnung, Arbeit. Wir konnten sogar t unseren Kampf hier fortsetzen, uns sicher fühlen, weil das dort real nicht möglich war. Alle waren täglich in Gefahr, wie auch jetzt. Deshalb danke ich persönlich und im Namen der Einwohner des Charkower Gebiets Ihnen und der LVR für die Hilfe“, sagte Witalij Gantschew.

14:34 de.rt.com: **Bürgermeister von Sumy und Belopolje appellieren an Einwohner, die Städte am Wochenende zu verlassen**
Der Bürgermeister der ukrainischen Stadt Sumy hat am Samstag über Facebook den Einwohnern geraten, über dieses Wochenende die Stadt zu verlassen. Die Zeitung Ukrainskaja Prawda zitiert Alexander Lissenko mit den Worten:
"Wenn Sie die Möglichkeit haben, die Stadt zu verlassen, sollten Sie sie lieber nutzen. Ich denke, heute, morgen oder übermorgen muss man sehr auf seine Sicherheit achten. Ich bitte alle, meinem Rat zu folgen."
Luftalarm sollte man nicht ignorieren, so Lissenko.
Auch der Bürgermeister der Stadt Belopolje im Gebiet Sumy rief die Einwohner dazu auf, für die nächsten Tage die Ortschaften in der Nähe der russischen Grenze zu verlassen. Das Blatt zitiert Juri Sarko mit den Worten:
"Allem Anschein nach erwartet uns ein alles andere als einfaches Wochenende."
Es sei besser, für ein paar Tage zu Verwandten aufs Land zu fahren.

https://pbs.twimg.com/media/FXyMbYvUcAAHU34?format=jpg&name=small
Alexander Lissenko, Bürgermeister von Sumy

15:30 de.rt.com: **Kämpfe im Donbass vor Intensivierung?**
In den ukrainisch kontrollierten Teilen des Donbass zeichnet sich eine Verstärkung der

Kampfhandlungen ab. Darauf deuteten am Samstag sowohl Äußerungen von Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu als auch Aussagen von ukrainischer Seite sowie Einschätzungen unabhängiger Militärexperten hin.
Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Moskau vom Samstag hat Verteidigungsminister Sergei Schoigu bei einer Inspektion der in der Ukraine eingesetzten Truppen eine Intensivierung des militärischen Vorgehens befohlen.
Der Generalstab in Kiew teilte am Samstag mit, die Ukraine habe in den vergangenen 24 Stunden russische Sturmversuche in Richtung Bachmut und vor Donezk abgewehrt. "Nach einer Umgruppierung hat der Feind den Angriff auf das Wärmekraftwerk Uglegorsk wieder aufgenommen, die Kampfhandlungen halten an", heißt es in der Mitteilung weiter.
Hinweise für eine Verstärkung der Kämpfe sahen auch die Militärexperten des in den USA angesiedelten Institute for the Study of the War (ISW). Es gebe Anzeichen, dass die russischen Truppen die Verschnaufpause beendeten, die sie nach der Einnahme des Ballungsraums von Sjewjerodonezk und Lissitschansk eingelegt haben, heißt es in der Analyse des ISW am Samstag. "Wenn die operative Pause tatsächlich zu Ende ist, werden die Russen wahrscheinlich in den nächsten 72 Stunden ihre Angriffe fortsetzen und verstärken", so die Experten weiter.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d2bf42b480cc73ed467a08.jpg

16:32 de.rt.com: **Kiew lehnt Forderung nach Überwachung von US-Waffenlieferungen ab**
Die in der Ukraine geborene US-Abgeordnete Victoria Spartz beklagte vergangene Woche, dass die westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine nicht ausreichend überwacht würden. Kiew reagierte empört und behauptete, dass jeder Versuch der Überwachung nur Moskau in die Hände spielen würde.
Kiew hat mit Verärgerung auf eine Forderung von Victoria Spartz, einer republikanischen US-Kongressabgeordneten aus Indiana, reagiert, wonach die Waffen- und Hilfslieferungen an die Ukraine "angemessen überwacht werden sollen". Ihr Vorschlag laufe auf einen Versuch hinaus, bestehende Mechanismen zur Bereitstellung von Hilfe für die Ukraine inmitten des anhaltenden Konflikts mit Russland zu "untergraben", sagte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleg Nikolenko am vergangenen Samstag. Angesichts der ukrainischen Wurzeln der Kongressabgeordneten sei die Haltung von Spartz "besonders zynisch", schrieb Nikolenko in einem Facebook-Post.

"Die Kongressabgeordnete sollte aufhören, die bestehenden Mechanismen der US-Militärhilfe für die Ukraine zu untergraben. Die ukrainische Seite interagiert mit den amerikanischen Partnern mit maximaler Offenheit und stellt umfassende Informationen über den Einsatz von Waffentechnologie zur Verfügung", sagte der Sprecher und behauptete, dass eine "weitere Bürokratisierung" des Prozesses lediglich Moskau in die Hände spielen würde.

Die Kongressabgeordnete Spartz verschickte Anfang vergangener Woche sowohl an den US-Präsidenten Joe Biden als auch an dessen ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij eine deutliche Botschaft und forderte darin beide auf, mindestens "drei dringende Maßnahmen" zu ergreifen, von denen sie glaubt, dass sie helfen würden, "die Situation unter Kontrolle zu bringen". Laut Spartz muss Biden "damit aufhören, Politik zu spielen, eine klare Strategie zeigen und die militärischen Hilfen an die Ukraine an dieser Strategie ausrichten". Zweitens sollte Selenskij "aufhören, Politik und Theater zu spielen" und stattdessen "anfangen zu regieren, um sein Militär und seine regionalen Regierungen besser zu unterstützen". Die dritte Maßnahme jedoch, die sich auf die Einrichtung eines Kontrollmechanismus für die Waffenlieferungen bezieht, scheint Kiew offenbar am meisten verärgert zu haben. "Der US-Kongress muss eine angemessene Aufsicht über kritische Infrastruktur und über die Lieferung von Waffen und Hilfsgütern einrichten", erklärte Spartz.

Die Einrichtung eines Kontrollmechanismus darüber, wie Hilfsgelder tatsächlich ausgegeben werden, war zuvor von weiteren US-Politikern gefordert worden. Zum Beispiel verzögerte der Senator aus Kentucky Rand Paul bereits im vergangenen Mai die Verabschiedung eines gigantischen 40 Milliarden US-Dollar schweren Pakets für die Ukraine und drängte auf die Schaffung eines Kontrollmechanismus. Diese Hilfsgelder solle man besser zu Hause ausgeben, argumentierte Paul damals.

"Mein Amtseid gilt der US-Verfassung, nicht irgendeiner fremden Nation, und egal wie wohlwollend die Sache ist, mein Amtseid gilt der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir können die Ukraine nicht retten, indem wir die US-Wirtschaft den Bach runterschicken", so der Senator.

Nachdem Ende Februar der anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ausgebrochen war, wurde Washington mit Abstand zum wichtigsten Waffenlieferanten Kiews. Nach aktuellen Zahlen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) haben die USA bisher rund 6,37 Milliarden Euro Militärhilfe zugesagt. Laut Statistiken des Instituts wurde bisher allerdings weniger als die Hälfte dieser Summe – etwa 2,44 Milliarden Euro – tatsächlich an Militärhilfe geleistet. Die Zahlen enthalten jedoch nur die "offengelegten Lieferungen". Der tatsächliche Umfang der gelieferten Waffen könnte durchaus größer sein, wenn man bedenkt, dass einige Lieferungen möglicherweise heimlich eingetroffen sind. Gemäß den Zahlen des IfW hat Polen in Bezug auf das Einbringen von Waffen in die Ukraine bisher die "beste Leistung" gezeigt. Das Land habe alle zugesagten Waffen im Wert von 1,8 Milliarden Euro vollständig geliefert.

Moskau hat den Westen wiederholt aufgefordert, Kiew nicht mit noch mehr Waffen zu beliefern, da dies den Konflikt nur verlängern und zu langfristigen negativen Folgen führen würde. Letzte Woche sagte Russlands Chef-Diplomat Sergei Lawrow, dass ein weiteres "Aufpumpen" der Ukraine mit Waffen Russland nur dazu veranlassen werde, "mehr Einsätze vor Ort durchzuführen".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d2cbebb480cc73132534d7.jpg

16:40 de.rt.com: **Russisch kontrollierter Teil der Region Charkow bekommt neue Flagge**
Die Verwaltung des russisch kontrollierten Teils der Region Charkow hat am Sonnabend beschlossen, neue Staatssymbole für die Region einzuführen. Die neue Flagge der Region ist eine Trikolore, die der russischen Staatsflagge ähnelt. Von oben nach unten sind die neuen Farben karminrot-blau-rot. Außerdem ist auf der Flagge der russische Doppeladler aufgedruckt.
Am Sonnabend wurde die neue Flagge erstmals in der provisorischen Hauptstadt der Region, Kupjansk, gehisst.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/XzyaE5ORd5TwI3KsUnHJPTYEiKeKKVlBLFVeJl2CEDA7HeScWB3HSCiUTnPRwBhe3cmDjKUI-g4Jd05u4V9uNlxYuu_FGXSzjhtxn0ZmB4EV9EBvHVr9rMXachoISPqGHAELAemLitcJRrWj4FvYUj2-MZPNLxjRh8JXpDtGCIdQnYHMhlNbSs802nNX45nTWOxttxXUlGdkw5rfkM7YFiysJF6vZbAzo9HvgLj-dUzrsN_bSYX6uGISltbRIX6AIKbCqBGITy8LXTw0BXHN77jfxSWc73FDfiEcA7XxC9j1YcZI4Ic-7DCuAlZjLjbnt8VO73CE3nx0zTo83Xl8KQ

17:54 (16:54) rusvesna.su: **Großangelegter Raketenangriff auf Objekte in der Ukraine**
Über dem gesamte Territorium der Ukraine dröhnt ein Fliegeralarm.
Aus der Region Tscherkassy werden Explosionen gemeldet, und über der Region Poltawa fliegen Raketen. Über Dnepropetrowsk gibt es Spuren von Flugabwehrraketen am Himmel.
"In der ganzen Ukraine werden massive Raketenangriffe durchgeführt", berichtet der Bürgermeister von Iwano-Frankowsk.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/uX90VeaGvN-cOCB-iEoP4KUyrcMYd-r7wN9nlNmOBG8SUpZg082enxabhVxR5iJcBTmXH49NjBrrdk4jzWqa1zvTMJpXmhooJnbororvy24PU02QXEeKqiqyatBvMf49XB9Fwgb92N2aiR0nWDVyXsbtyOBr1WiAW6JUzoWB5A-wY-n1S5ydSGCqxKbAx1poohdhlimc5z0hESC9n_PkB7--zkNVghB3HR80hKZNnSHSdYWAT1CPaPHvumao5K_iSepco3HxW0pndlgwnlYHzduBGmztryI_xbNOgRWiFfUKYWIayQviEMiutKrl6rEzdxvjy7UKy8CIS23NYZ6ptFQ.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 16. Juli 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.
In 35 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.
Mehr als 4000 Menschen wandten sich an medizinische Einrichtungen.
In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt zur Inbetriebnahme vorbereitet.
Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Krasnyj Liman, Iljitschewskoje, Nowoje, Jazkoje und Rubzy durchgeführt.
In Wolnowacha, Mariupol und Krasnyj Liman wurden Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem durchgeführt.
Zivilschutzkräfte haben mehr als 10 Hektar Territorium untersucht und 443 explosive Objekte entschärft.
Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.
Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:10 de.rt.com: **Russische Armee setzt verstärkt moderne Technik im Donbass ein**
Russische Truppen bringen immer mehr moderne Ausrüstung an die Front im Donbass, wie Korrespondenten von RIA Nowosti berichten. Die Journalisten stießen in Frontnähe unter anderem auf ein schwer gepanzertes Kampfunterstützungsfahrzeug des Typs "Terminator", der sich in der Nähe von Sewersk auf die Frontlinie zubewegte.
Zuvor hatte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Samstag die Streitkräfte angewiesen, ihre Maßnahmen an allen Fronten zu verstärken, um dem Kiewer Regime die

Möglichkeit zu nehmen, massive Raketen- und Artillerieangriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur im Donbass und in anderen Regionen durchzuführen.
Bisher unterstrichen Experten, dass die russische Armee in der Ukraine nicht ihre modernste Technik zum Einsatz bringt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d2d1c248fbef4d1f18745f.jpg
Ein "Terminator" im Einsatz in der Region Charkow

17:35 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Schule und Kindergarten in Donezk**
Beim Beschuss des Donezker Stadtteils Kirow durch die ukrainischen Streitkräfte wurden eine Schule, ein Kindergarten, ein Markt und Wohnhäuser beschädigt, teilte Bürgermeister Alexei Kulemsin auf seinem Telegram-Kanal mit:
"Folgende Adressen wurden beschädigt: Ostrowskistraße 29 - Schule Nr. 88; Ljaschenko-Straße 3 - Kindergarten Nr. 352, Ljaschenko-Straße 2a, 4a - Wohnhäuser; Ostrowskistraße 33, 35 - private Wohnhäuser; Petrowskistraße 111 - Republikanischer Markt Nr. 8/3 Merkur."
Nach Angaben der DVR-Vertretung in der Gemeinsamen Waffenstillstands-Kontrollkommission eröffneten ukrainische Sicherheitskräfte heute mindestens dreimal das Feuer auf den Donezker Stadtteil Kirow, unter anderem mit Grad-Mehrfachraketenwerfern und 152- und 155-mm-Artilleriegeschützen. Bei einem der Angriffe wurde ein Zivilist getötet. Außerdem wurden vier weitere Menschen im Petrowski-Bezirk und eine Frau im Kiewski-Bezirk getötet.
Die ukrainischen Streitkräfte beschießen fast ununterbrochen Städte und Dörfer in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk, auch mit NATO-Artillerie vom Kaliber 155 Millimeter und US-HIMARS. Bei den Opfern dieser Angriffe handelt es sich hauptsächlich um Zivilisten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d2d89a48fbef489d7bdc21.jpg
Einer der beschossenen Orte in Donezk (16.07.22)

abends:

18:00 de.rt.com: **Habeck: Auch Büros sollen Energie sparen**
Angesichts eines drohenden Gasmangels im kommenden Winter hat Wirtschaftsminister Robert Habeck Unternehmen mit Büroräumen aufgefordert, sich am Energiesparen zu beteiligen. Auch öffentliche Gebäude müssten in Randzeiten nicht voll beheizt werden, sagte Habeck am Sonnabend dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.
Nach Angaben des Deutschen Städtetages versuchen die Städte schon jetzt alles, um ihren Gasverbrauch zu senken. Die Krisenstäbe der Städte arbeiteten derzeit an einem Stufenverfahren für den Zeitpunkt, zu dem man wisse, wie es um die Gasversorgung stehe, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy im Deutschlandfunk.

19:18 (18:18) novorosinform.org: **Russland begann, Truppen nach Slawjansk zu verlagern – Medien**
Militärkorrespondenten verzeichnen eine Zunahme der militärischen Aktivitäten im Norden der DVR.
Das russische Kommando begann mit der Aufstellung von Truppen für den bevorstehenden Angriff auf Slawjansk und andere Städte der DVR, berichtet RIA Novosti.
Der Korrespondent der Agentur sprach über die Aufstellung der neuesten Ausrüstungsmodelle in dieser Richtung, insbesondere des BMPT "Terminator", der sich in Richtung Sewersk bewegte.
Es sei darauf hingewiesen, dass der russische Verteidigungsminister, Sergej Schoigu, heute eine Inspektion der Süd- und Mittelgruppen durchgeführt hat, wonach er das Kommando anwies, die Offensivoperationen in alle Richtungen zu verstärken, um den Streitkräften der Ukraine die Fähigkeit zu nehmen, den Donbass und die von Russland kontrollierten ukrainischen Städte anzugreifen.

https://novorosinform.org/content/images/89/91/48991_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 16.07.22**
Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 180 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **17 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurde **ein Zivilist verletzt und ein weiterer starb**. 14 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik starb und 3 verletzt** wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:00 de.rt.com: **Ukrainische Artillerie zerstört und beschädigt mehr als 30 Häuser in Stachanow**
In der Stadt Stachanow (Volksrepublik Lugansk) wurden am Sonnabend mehr als dreißig Häuser durch einen ukrainischen HIMARS-Schlag auf ein Wohngebiet zerstört oder beschädigt. Dies teilte der Offizier Alexej Getmanskij über den Telegramkanal der Vertretung der LVR in der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCCC) mit:
"Durch den Beschuss wurden zwei Zivilisten verletzt, vier Gebäude zerstört und 29 Wohnhäuser beschädigt. Ein Großteil der zivilen Infrastruktur wurde zerstört."
Die ukrainischen Streitkräfte haben Stachanow zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage angegriffen. Der Beschuss kam auch aus der Siedlung Artjomowsk.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d2ef7048fbef499c13eb97.jpg

Ein bei einem früheren Beschuss (10.06.22) zerstörtes Wohnhaus in Stachanow